



RAUM DIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 4/2008

Thema Regionen

Strategien und ihre Instrumente:
Regionalentwicklung in Niederösterreich.

Seite 4

Der Planung verpflichtet:
Regionalverbände im Land Salzburg.

Seite 14

Dialog lokal

Ortsplanung
Miteinander 2008.

Seite 16

Regionen:
**Vielfalt in Planung,
Strategie und
Entwicklung.**

aktuell:

Regional Governance und Regionalplanung am Beispiel NÖ. Seite 12





Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742/9005/14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

Redaktionelle Mitarbeit:

Dominik Dittrich, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

GRAFISCHE KONZEPTION UND UMSETZUNG:

Horvath Grafik Design, Leobendorf

DRUCK:

radinger.print, Scheibbs

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“ wird kostenlos abgegeben. Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742/9005/14128
Fax: 02742/9005/14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog“ informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

Thema Regionen

Strategien und ihre Instrumente: 4
Regionalentwicklung in Niederösterreich.

Hintergründe, Entstehung und Stand: 6
Regionale Strukturen in Niederösterreich.

„Gemeinsam attraktive Verbindungen gestalten!“ 9
Der Kleinregionentag 2008 im Zeichen der Mobilität.

Themenfelder neu definiert: 10
Kleinregionale Daseinsvorsorge, Verwaltung und Raumentwicklung.

Theorie und Praxis: Regional Governance und Regionalplanung am Beispiel NÖ. 12

Der Planung verpflichtet: Regionalverbände im Land Salzburg. 14

Dialog lokal

Aus dem Kaleidoskop der Raumordnung: Ortsplanung Miteinander 2008. 16

Flächenverbrauchsindikatoren: 18
Balanceakt zwischen notwendigen Standards und hinkenden Vergleichen.

Deutschland sucht das Sparprogramm: 20
Infrastrukturkosten und Siedlungsentwicklung.

Infos

Im Zeichen der Nachhaltigkeit:
Wir gehen Wege mit Wirkung. 22

Zusammenfassung

English Summary 23

Der eilige Leser 24

Regionen als Säule der „Strategie Niederösterreich“.

Seit jeher ist das regionale Bewusstsein unserer Landsleute stark ausgeprägt, wie man an der Identifikation der Bevölkerung mit ihrem jeweiligen Landesviertel erkennen kann. Daher haben wir in Niederösterreich den Regionen unseres Landes auch im Landesentwicklungskonzept einen hohen Stellenwert eingeräumt.



Dieses starke Bewusstsein bringt einerseits soziale Verankerung und regionale Verwurzelung, andererseits ist es eine nahezu unerschöpfliche Quelle von Energie für die Regionalentwicklung. Hier gilt es, die Kreisläufe zu schließen: Je mehr jemand von der Region, aus der er stammt, bekommen hat, desto mehr kann er zurückgeben.

So wurde auch die Strategie Niederösterreich als Leitlinie für die Zukunft unseres gesamten Bundeslandes mit einer starken regionalen Komponente ausgestattet. Was mit den Bemühungen um die so genannten benachteiligten Regionen am ehemaligen „Eisernen Vorhang“ begonnen hat, ist nun zu einem flächendeckenden Streben um die integrative Weiterentwicklung aller Lebensräume mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen gewachsen.

Das Prinzip, das wir im Rahmen der Dorf- und Stadterneuerung so erfolgreich entwickelt und umgesetzt haben – nämlich die Entwicklung des Lebensraums mit und durch die Bevölkerung selbst – wurde im Rahmen der Erarbeitung der Strategien für die Hauptregionen auf einer höheren Ebene praktiziert. Die Kleinregionen konnten bereits zuvor wesentliche Akzente für die Entwicklung leisten und sind nahezu flächendeckend eingerichtet.

Der Entwicklungsprozess unserer Regionen wird jedoch nie abgeschlossen sein, und wir können stets nur einen aktuellen Stand betrachten – um zu sehen, was wir bereits geschafft haben, aber auch um zu überlegen, wie es weiter gehen soll.

Dr. Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Regionalentwicklung als strategischer Partner der Raumordnungspolitik.

Es ist eine grundlegende Aufgabe der Raumordnung, unseren Lebensraum als nachhaltig nutzbaren Raum zu gestalten und zu erhalten. Das Verfehlen dieses Ziels droht insbesondere dann, wenn Entwicklungen dynamisch, jedoch ungesteuert über einen Raum hereinbrechen. In diesem Fall ist in erster Linie die ordnungspolitische Komponente der Raumplanung gefragt.



Es gibt aber auch die Konstellation, dass ein Raum unter einem Mangel an Entwicklung leidet. Die nachhaltige Nutzbarkeit eines Raums ist auch dann bedroht, wenn ihm die Nutzern bzw. die Nutzungen abhanden kommen. Hier spielt die klassische Ordnungspolitik keine dominante Rolle: Entwicklungen, die sich nicht abspielen, braucht man kaum zu ordnen. Es muss hier vielmehr darum gehen, die fehlenden Entwicklungen zu initiieren.

Während sich nun aber für die klassische Ordnungspolitik seit langem die örtliche Ebene der einzelnen Gemeinde etabliert hat und dies nicht zuletzt auf Grund der verfassungsrechtlichen Zuordnung der örtlichen Raumordnung als Aufgabe in ihrem eigenen Wirkungsbereich, ist die Entwicklungspolitik von Anfang an auf der regionalen Ebene positioniert worden. Dies deshalb, weil eben der Mangel an Entwicklung ein Problem war bzw. ist, das wesentlich effektiver auf der regionalen Ebene gelöst werden kann.

Die Erfahrungen, die auf dem Gebiet der regionalen Entwicklungspolitik gewonnen werden konnten, waren durchwegs positiv. Was lag also näher, als auch im Bereich der ordnungspolitischen Instrumente die regionale Ebene zu stärken. Schließlich ist es wesentlich effektiver, auch für jene dynamischen Entwicklungen, die ohne bewusstes Zutun der Politik ablaufen, regionale oder regional abgestimmte Lösungen zu suchen und zu finden.

Ernest Gabmann / Landeshauptmann-Stellvertreter

Strategien und ihre Instrumente:

Regionalentwicklung in Niederösterreich.

Niederösterreich sieht sich gegenwärtig mit einer Vielzahl von Veränderungsprozessen in verschiedenen Bereichen konfrontiert, die sich zudem regional unterschiedlich niederschlagen.



In der Folge erwarten sowohl die BürgerInnen, als auch die Wirtschaft von der Politik einerseits Orientierung, etwa durch Leitbilder, andererseits Planungs- und Entscheidungssicherheit durch Vorgaben und Unterstützungsleistungen.

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass gerade die Regionalentwicklung in dieser Hinsicht besondere Stärken hat. Sie setzt gleichermaßen auf Wirtschafts- und Raumordnungspolitik, besitzt einen durchwegs integrativen Charakter, macht strategische Vorgaben und greift auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Instrumenten zurück. Dadurch ist es möglich, den einzelnen Regionen mit ihren verschiedenen Stärken und Schwächen adäquate Lösungsansätze anzubieten.

Niederösterreich setzt dabei auf eine Mischung aus sektoralen und integrativen, aus formellen und informellen sowie aus regional und flächendeckend wirksamen Instrumenten.

Für „Ordnung“ und „Entwicklung“. Im Handlungsbereich Raumordnung stehen einander überörtliche Raumordnungsprogramme und Kleinregionale Rahmen- bzw. Entwicklungskonzepte gegenüber. Während die Raumordnungsprogramme vom Land verordnet werden, basiert die kleinregionale Zusammenarbeit auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Die Regionalen Raumordnungsprogramme zeichnen sich durch einen ordnungspolitischen Zugang aus und konzentrieren sich auf entwicklungsstarke Regionen, für die etwa Siedlungsgrenzen oder regionale Grünzonen festgelegt werden. Die Sektoralen Raumordnungsprogramme mit ihrem entwicklungspolitischen Schwerpunkt umfassen hingegen ganz Niederösterreich. Eine besondere Rolle unter ihnen nimmt das Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm ein. Es bildet das Leitbild zur landesweiten Zentrenstruktur sowie Regionalisierung und bietet Orientierung beispielsweise bei der Entwicklung von Schulstandorten oder Pflegeheimen.

Wichtige Vorarbeiten bei der Standortfindung der verschiedensten Einrichtungen oder ganz allgemein bei der Raumentwicklung liefern auch die Kleinregionen. Die an ihnen beteiligten



Wenn Regionalentwicklung „bottom-up“ passiert, sind gemeinsamer Einsatz und Durchhaltevermögen gefragt.

Gemeinden finden sich „bottom-up“ zusammen, um Ziele, Plannungen und Projekte gemeinsam umzusetzen. Inzwischen sind 61 Kleinregionen in ganz Niederösterreich tätig. Verstärkt werden sie dies in Zukunft in den Feldern Daseinsvorsorge, Verwaltung und Raumentwicklung tun.

Initialzündungen. Ein wesentliches Ziel der EU-Regionalpolitik ist es, Entwicklungen in Gang zu setzen. Dazu verfügt sie über eine beträchtliche finanzielle Ausstattung. So wurde in der Periode 2000–2006 mit rund 220 Mio. Euro an eingesetzten Fördermitteln eine Vielzahl und Vielfalt an Projekten umgesetzt, 3 800 Arbeitsplätze neu geschaffen und 15 000 Arbeitsplätze abgesichert. In den kommenden sieben Jahren werden es wiederum rund 290 Mio. Euro (davon 145,6 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung) sein, die zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit bestehender Unternehmen, zur Erschließung neuer, wirtschaftlicher Kompetenzfelder und Märkte, zur Umsetzung von Projekten in den Bereichen Tourismus oder Stadterneuerung bereit stehen. Für die grenzübergreifende Regionalentwicklung mit den Nachbarregionen in Tschechien, der Slowakei und Ungarn stehen im Zeitraum 2007–2013 weitere 39 Mio. Euro an EU-Mitteln bereit.

Regionswirksame Sektoren. Auch abseits von Raumordnung und Regionalpolitik gibt es in Niederösterreich eine Vielzahl von Instrumenten, die zur Entwicklung unserer Regionen zum Einsatz kommen:

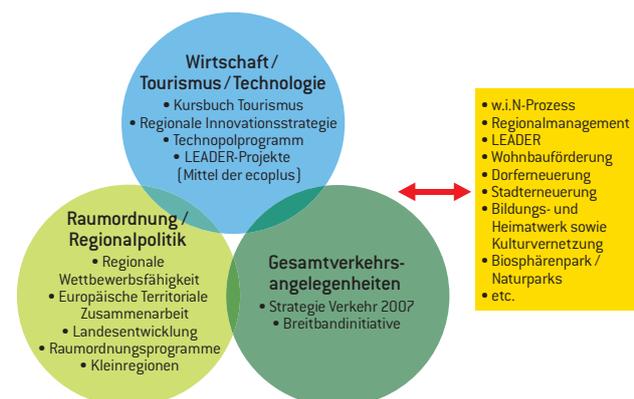
- So setzt etwa das Technopol-Programm über die vier Standorte Krems, Tulln, Wiener Neustadt und Wieselburg-Land dezentral Schwerpunkte zu verschiedenen Kompetenzfeldern im Technologiebereich und bildet eine Plattform für Ausbildung, Forschung sowie Wirtschaft. Bei der Festlegung der Technopolstandorte wird auf eine Streuung über das ganze Land geachtet, da diese nicht nur lokal wirken: Durch die Zusammenarbeit mit umliegenden Unternehmen und Bildungseinrichtungen sowie durch die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen strahlt das Programm auch regional aus und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Regionen.
- Für die nachhaltige Stärkung des ländlichen Raums arbeiten die 18 LEADER-Regionen auf Basis der Lokalen Entwicklungs-

strategie zusammen, in der Leitziele und Maßnahmen für die Regionsentwicklung festgehalten sind. Die Umsetzung erfolgt in allen Schritten „bottom-up“, d. h. über die Lokalen Aktionsgruppen (LAGs).

- Anders als beim LEADER-Programm werden die sechs Tourismusdestinationen „top-down“ eingesetzt, um die Entwicklung Niederösterreichs in touristischen Belangen abzusichern. Diese orientiert sich am „Kursbuch Tourismus“.
- Eine regionale Differenzierung erfolgt schließlich auch in der „Strategie Verkehr“. Die Verkehrsinfrastruktur stellt einen wichtigen Standortfaktor für die Unternehmen dar und rückt peripher gelegene Regionen näher an die Ballungszentren. Somit wird der Wirtschaftsstandort Niederösterreich gestärkt und die Lebensqualität der Bevölkerung erhöht.

Das dargestellte Zusammenspiel von Instrumenten und Strategien hat Niederösterreich im europäischen Vergleich eine Vorreiterrolle in der Regionalentwicklung gebracht.

Instrumente und Strukturen der Regionalentwicklung in Niederösterreich



Hintergründe, Entstehung und Stand:

Regionale Strukturen in Niederösterreich.

Vielfach wird derzeit in Wissenschaft und Praxis von einer Renaissance des Regionalen gesprochen. Ein Eindruck, der auch in Niederösterreich entsteht, wenn ein Blick auf den vielfältigen Bestand an regionalen Abgrenzungen geworfen wird.



In viele Richtungen haben sich die Regionsgliederungen entwickelt, die aus dem Land gewachsen sind.

Das Wissen über die Größe, die Zusammensetzung und die Ausdehnung der in Niederösterreich vorhandenen Regionen ist ein wichtiger Bestandteil der Grundlagenforschung, stellt es doch den Ausgangspunkt für die Beobachtung und Analyse verschiedener räumlicher Entwicklungstrends bzw. darauf aufbauend für strategische Entscheidungen in der Planung dar.

Freiheit der Definition. Eine Region kann grundsätzlich als geographisch bestimmter Teil eines Gesamttraums definiert werden, der einerseits eine mittlere Größe besitzt, andererseits als zusammengehörig angesehen wird. Mit dem Raum mittlerer Größenordnung ist in Niederösterreich eine Ebene oberhalb der Gemeinde- und unterhalb der Landesebene gemeint. Ihr Maßstab und somit Größe ist nicht definiert, womit sich eine Vielzahl von möglichen Einteilungen des Landes in Regionen ergibt.

Zur Abgrenzung von Regionen kann als räumliches Kriterium nicht nur deren Größe herangezogen werden, sondern auch Funktion, Zweck oder die ihnen zugedachte Aufgabe. Dahinter steht folgender Grundgedanke der Sozialgeographie: Entscheidend für die Regionsbildung ist das politische, ökonomische, soziale oder kulturelle Handeln der BürgerInnen und nicht allein rein (natur)räumlich oder geographisch bestimmte Abgrenzungen von Regionen. Als Folge ergeben sich Überlappungen und Überschneidungen mehrerer Regionsabgrenzungen.

Vielfalt der Typen. Die genannten Kriterien der Abgrenzung lassen sich nun zu einer Regionseinteilung zusammenführen, die zwischen insgesamt 4 Typen unterscheidet:

Homogene Regionen weisen innerhalb ihrer Grenzen möglichst ähnliche Merkmale auf und unterscheiden sich deutlich nach außen hin (z. B. landwirtschaftliche Produktionsgebiete).

Funktionale Regionen zeigen soziale, wirtschaftliche sowie ökologische Verflechtungen und Abhängigkeiten, die sich über Pendlerströme und Ähnliches nachweisen lassen (z. B. stadregionale Abgrenzungen).



Foto: NÖ Dorf- und Standortentwicklung

Die Region: Heimat unterschiedlicher Generationen, sozialer Gruppen und ihrer Nutzungsansprüche.

Planungs- und Verwaltungsregionen werden normativ festgelegt und dienen im Wesentlichen einer verwaltungsmäßigen Untergliederung des Landesgebiets (z. B. Einteilung des Landes in politische Bezirke).

Wahrnehmungs- und Identitätsregionen entsprechen dem Wirkungsraum eines Vereins (Heimatverein) bzw. einer regional agierenden Gruppe und zeichnen sich durch ein besonders starkes „Wir-Gefühl“ aus (z. B. Genussregionen).

Regionen im Aufwärtstrend. Verschiedene Fachdisziplinen bestätigen einen Bedeutungsgewinn der Region in den letzten Jahren, was auf unterschiedliche Gründe zurückgeht:

- Eine breite Palette von Aufgaben kann von den herkömmlichen Institutionen der lokalen bzw. der staatlichen Ebene nicht mehr erfüllt werden, einerseits wegen ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit, andererseits durch die Veränderung ihrer räumlichen Reichweiten. Durch neu entstandene Themen gilt es, auch neue AkteureInnen beispielsweise in Planungsprozesse einzubeziehen. Die adäquate Behandlung dieser Fragestellungen wird in vielen Fällen von der regionalen Ebene wahrgenommen.

- Im Zuge des Wandels vom Wohlfahrts- zum Dienstleistungsstaat kommt es zu einer vermehrten Deregulierung und Privatisierung wichtiger Bereiche (z. B. der Infrastruktur). Es gilt, knapper werdende finanzielle Mittel effizient einzusetzen. Die Wirtschaft organisiert sich zunehmend regional („Cluster“ oder „kreatives Milieu“), um die Vorteile spezialisierter regionaler Produktionssysteme auszunutzen und im Wettbewerb der Regionen konkurrenzfähig zu bleiben.

- Die Bevölkerung sucht im Zeitalter einer zunehmenden Verflechtung und Globalisierung sowie einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft vermehrt nach lokalen bzw. regionalen Ankerpunkten. So rücken die Besonderheiten der regionalen Kultur als identitätsstiftende Faktoren („Heimat“) wieder mehr in den Mittelpunkt. Gleichzeitig ist auch in Niederösterreich eine zunehmende „Regionalisierung der Lebensweisen“ bereits Realität: Mittelpunkt des Lebens ist nicht mehr eine einzige Gemein-

Abb. 1

Anzahl der Regionen je Regionstyp

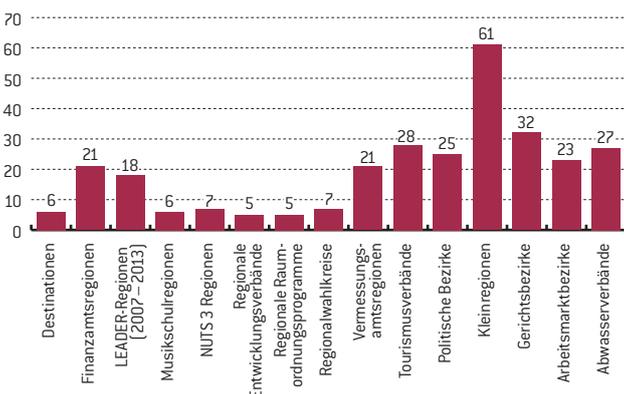
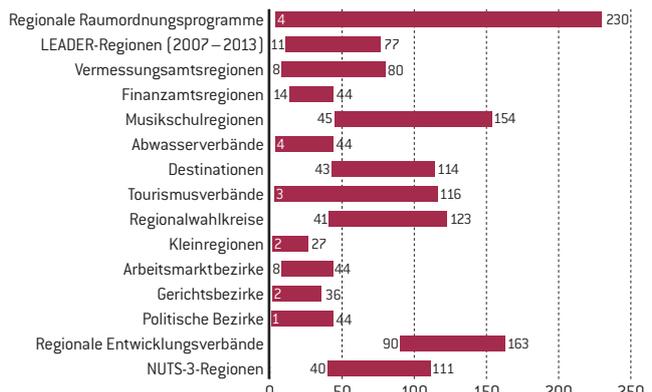


Abb. 2

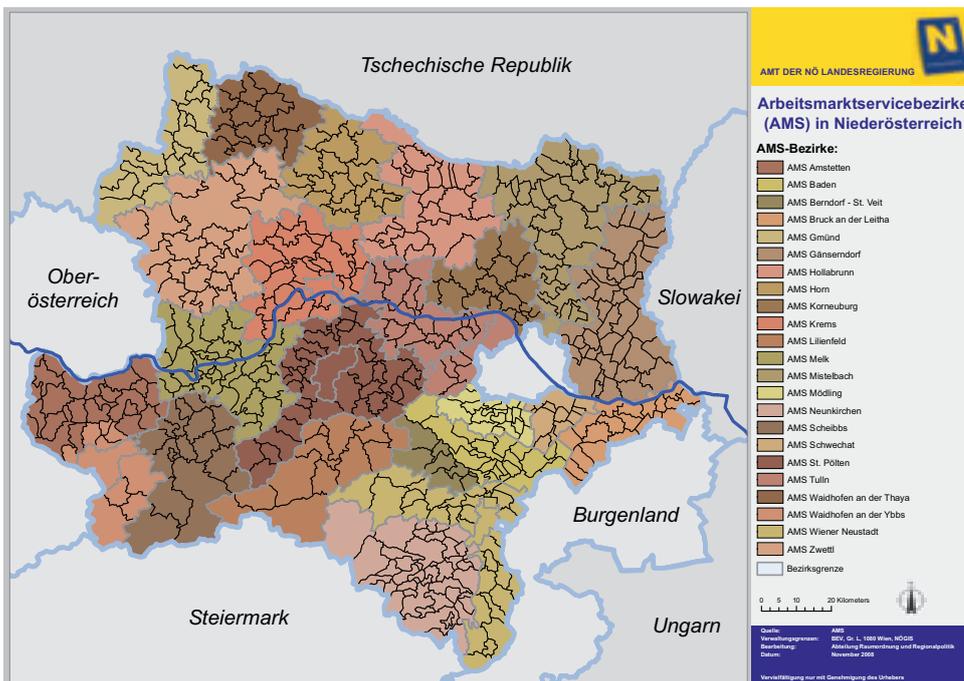
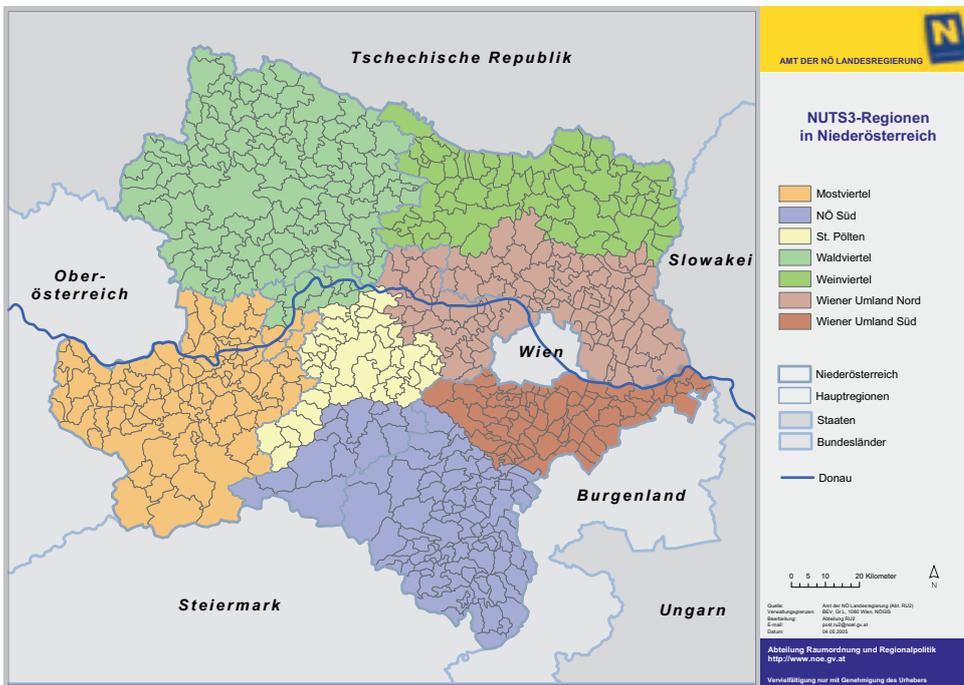
Spannweite der Anzahl der Gemeinden je Region differenziert nach Regionstypen



de, sondern ein Beziehungsnetz bestehend aus Wohn-, Arbeits- oder Einkaufsgemeinde.

- Durch die genannten Veränderungen entsprechen Planungsräume immer häufiger nicht den tatsächlichen funktionalen Verflechtungen. Zudem rückt auch im Rahmen der Europäischen Strukturpolitik die finanzielle Förderung der regionalen Ebene immer stärker in den Mittelpunkt.

Abb. 3
Die Regionsgröße ist je nach Regionstyp unterschiedlich.



Vielfältiges Niederösterreich. Auch in Niederösterreich ist eine Vielzahl unterschiedlicher Regionen und somit Regionstypen zu finden. Zum Teil umfassen sie das ganze Landesgebiet, zum Teil sind sie jedoch nicht flächendeckend vorhanden. Die hier gezeigte Darstellung umfasst 15 ausgewählte Regionsabgrenzungen in Niederösterreich. Abbildung 1 zeigt die unterschiedliche Anzahl von Regionen je Regionstyp. Am meisten Regionen umfassen die Kleinregionen (61) gefolgt von den Gerichtsbezirken (32) und den Tourismusverbänden (28). Am anderen Ende der Skala stehen die Hauptregionen mit den Regionalen Entwicklungsverbänden (5). Auch bei der Anzahl der Gemeinden je Region zeigt sich mit Blick auf Niederösterreich ein divergierendes Bild. So sind in Niederösterreich einerseits sieben Regionen zu finden, die nur aus bis zu vier Gemeinden bestehen, andererseits gibt es auch „Großregionen“ mit 163 oder sogar 230 Gemeinden (vgl. Abbildung 2). Daraus ergibt sich ein durchaus interessantes Muster an verschiedenen Regionsgrößen, wie Abbildung 3 beispielhaft für zwei Regionstypen zeigt.

Die vorliegende Darstellung ist als Sammlung ausgewählter Beispiele zu verstehen. Es fehlen etwa die landwirtschaftlichen Produktionsgebiete, die Regionen der Waldentwicklungspläne oder die Stadtregionen. Nicht vergessen werden dürfen zuletzt die unterschiedlichen grenzüberschreitenden Regionen, die beispielsweise im Rahmen der diesbezüglichen Programme der Europäischen Union entstanden sind.

Zukünftig wird es von entscheidender Bedeutung sein, einerseits möglichst alle in Niederösterreich vorhandenen Regionen zu erfassen, andererseits ihre verschiedenen Ausdehnungen und Aufgaben im Auge zu behalten. Denn nur so wird es von Seiten der Raumplanung möglich sein, sowohl über die Stärken und Schwächen der einzelnen Landesteile Auskunft zu geben, als auch fachliche Vorschläge zur strategischen Weiterentwicklung des Landes auf regionaler Ebene zu machen.

Annemarie Trojer / Regionalmanagement Niederösterreich

„Gemeinsam attraktive Verbindungen gestalten!“

Der Kleinregionentag 2008 im Zeichen der Mobilität.

Mobilität ist ein wesentliches Thema der Regionalentwicklung, und gerade öffentliche Verkehrsformen bieten sich für die kleinregionale Zusammenarbeit an.

Die Erreichbarkeit innerhalb und über die Kleinregion hinaus ist ein wichtiger Faktor für

- die Lebensqualität in den Regionsgemeinden
- die Sicherstellung der Mobilität für die Bevölkerung
- die Schaffung optimaler Voraussetzungen für die Unternehmen in der Region.

Praxis voraus. Traditionsgemäß stand am Beginn des Kleinregionentags 2008 eine Exkursion, die das Verkehrskonzept der Gastgeberkleinregion „10 vor Wien“ behandelte. Neben einer Workshoprunde zum Tagesthema und gezielter Information über die kleinregionale Beteiligung am Projekt „A5/S1“ wurde dieses auch direkt vor Ort besichtigt.

Mobilität und öffentlicher Verkehr. Im ersten Vortragsteil informierte Wolfgang Schroll (Verkehrsverbund Ostregion) die TeilnehmerInnen über das Mobilitätsverhalten in Niederösterreich, wobei der Anteil des Öffentlichen Verkehrs vor allem in den Stadt-Umland-Gebieten steigend ist. Neben optimalen Anschlüssen und Takten können aber auch leicht umsetzbare Maßnahmen wie attraktive Haltestellen zu einer vermehrten Nutzung des Öffentlichen Verkehrs beitragen. Flexible Instrumente im Öffentlichen Verkehr sind die sogenannten bedarfsgesteuerten Systeme wie Anrufsammeltaxis (AST) und Rufbusse. Regina Rausch (Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten) berichtete über die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes sowie über derartige Systeme in den Kleinregionen.

Gemeindekooperationen und Mobilität. Interkommunale Handlungsfelder im Verkehrsbereich sind vor allem Öffentlicher Verkehr, Mobilitätsmanagement, Radverkehr und Raumplanung, wie Helmut Koch (Trafico Verkehrsplanung) berichtete. Die Vorteile einer kleinregionalen Verkehrsplanung lie-

gen in der Kostenersparnis, der besseren Abstimmung von Maßnahmen und der stärkeren Verhandlungsbasis gegenüber Dritten. Ein konkretes Beispiel lieferte Bgm. Rudolf Friewald (Obmann der Kleinregion Tullnerfeld-West): Im Rahmen eines Kleinregionalen Rahmenkonzepts wurde eine Verkehrsstrategie erarbeitet, die auch Begleitmaßnahmen für künftige Vorhaben, wie die Hochleistungs-Bahnstrecke, definiert.

Fazit. In einem Punkt waren sich alle einig: Kleinregionen sind eine wichtige Drehscheibe zwischen den AkteurInnen in allen Bereichen der Mobilität – von den „NutzerInnen“ bis hin zu Verkehrs- bzw. EntscheidungsträgerInnen. Den Schluss bildete wie gewohnt eine Podiumsdiskussion. Weitere Informationen zum Kleinregionentag sind unter www.raumordnung-noe.at unter „Aktuelles“ zu finden. ■



Themenfelder neu definiert: Kleinregionale Daseinsvorsorge, Verwaltung und Raumentwicklung.

Dass sich die Kleinregionen in Niederösterreich einer Vielzahl von Themen zum Wohl der Bevölkerung annehmen, ist vielfach bekannt und hat sich bei der Auswertung der Projekte [2007], die über den Kleinregionalen Entwicklungsfonds gefördert wurden, einmal mehr bestätigt.

Die Kleinregion etabliert sich somit zunehmend als jene Raumeinheit, die in den Bereichen Daseinsvorsorge, Verwaltung und strategische Raumentwicklung führend tätig ist, aber auch innovative Lösungsbeiträge zu Fragestellungen der heutigen Zeit liefert. Um daher einen Überblick über die Bandbreite bisher bearbeiteter Themen zu geben, aber auch neue Aufgabenfelder stärker in den Fokus zu rücken, wurden im heurigen Jahr gemeinsam mit dem Regionalmanagement Niederösterreich acht zentrale Themenfelder für Kleinregionen definiert (vgl. Abbildung 1).

Aktualität gefragt. Vorrangiges Ziel war es, das Profil und die Aufgaben der Kleinregionen in Niederösterreich an die aktuellen Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Gemeinden, wie zum Beispiel den demographischen Wandel oder die Sicherstellung der Versorgung, anzupassen. Bei der Erstellung der neuen Themenfelder wurden zum einen verschiedene bestehende schriftliche Grundlagen herangezogen, zum anderen sind die Ergebnisse aus einem breit angelegten Diskussionsprozess mit eingeflossen (vgl. Abbildung 2).

Die Themen dienen einerseits als Orientierungsleitfaden und Anregung zur täglichen Arbeit der kleinregionalen AkteurInnen, andererseits bilden sie den Rahmen für die Weiterentwicklung der Förder- und Unterstützungsinstrumente des Landes. Dabei werden auch in Zukunft die Kleinregionalen Entwicklungs- und Rahmenkonzepte mit Leitzielen und Maßnahmen die zentrale Basis für die fundierte gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bilden.

Auf acht Schienen in die Zukunft. Auch im Zuge der Neudefinition bleibt ein breites Themenspektrum erhalten.

Kleinregionale Themenfelder

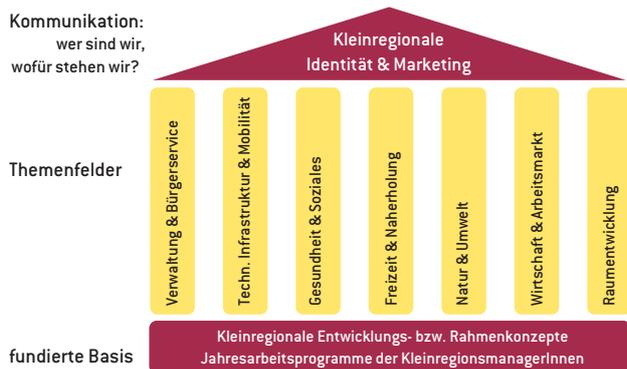


Abb. 1

Erstellungsprozess Kleinregionaler Themenfelder

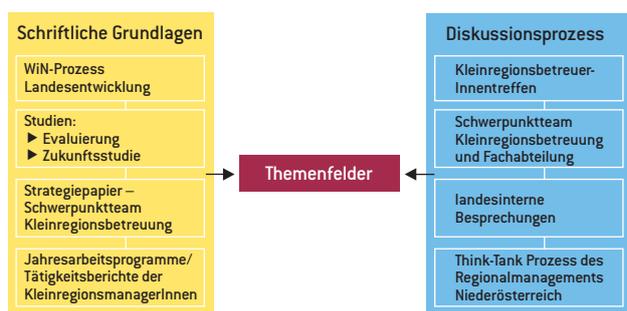


Abb. 2

Kleinregionale Identität & Marketing
In jeder Kleinregion soll eine entsprechende Identität aufgebaut, weiter entwickelt und gestärkt werden. Um dies zu erreichen und um die Identifikation von Gemeinden, Bevölkerung, Organisationen etc. mit ihrer Kleinregion zu erhöhen, soll eine zielgruppengerechte Ausgestaltung der Informations- und Kommunikationsinstrumente erfolgen und das Alleinstellungsmerkmal der Region nach innen bzw. auch nach außen getragen werden (z. B. bei der Vermarktung von Betriebsflächen bzw. bei der Positionierung als attraktiver Wohnstandort).

Verwaltung & Bürgerservice
Die Gemeinden Niederösterreichs sind die erste und wichtigste Ansprechstelle für die Anliegen der lokalen Bevölkerung. Diese Rolle sowie die Eigenständigkeit der Gemeinden wer-

den seitens des Landes nicht in Frage gestellt. Jedoch kann durch Angebotserweiterungen und Spezialisierungen im Zuge der Zusammenarbeit neben einer Qualitätsverbesserung für die BürgerInnen auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden verbessert und in der Kleinregion die Umsetzung kostspieliger Vorhaben durch gemeinsame Finanzierung ermöglicht werden.



Technische Infrastruktur & Mobilität

Die technische (z. B. Wasserver- und -entsorgung, Abfallwirtschaft, Energiewirtschaft etc.) und die Verkehrsinfrastruktur haben eine hohe Bedeutung für Lebensstandard und Lebensqualität in der Kleinregion. Diese Ausstattung kommt nicht nur der Bevölkerung zugute, sondern ist auch ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft. Da diese Einrichtungen jedoch für die Gemeinden mit hohen Kosten verbunden sind, nehmen auch hier Kooperation und Abstimmung – von der Standortsuche über den Bau bis zum Betrieb – stetig zu.



Gesundheit & Soziales

Mit den Veränderungen von Bevölkerungszahl und -zusammensetzung geht eine Vielzahl von gesellschaftlichen Trends einher. Vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich zeichnet sich ein besonderer Handlungsbedarf für die öffentliche Hand ab: Die Gemeinden sind immer mehr gefordert, dahingehend Aufgaben zu übernehmen (z. B. Finanzierung von Einrichtungen, Betreuungsleistungen für Kinder und SeniorInnen, Integration). Um als Standort mit hoher Lebensqualität zu gelten, ist eine zielgerichtete Bearbeitung dieses Themas für jede Kleinregion wesentlich.



Freizeit & Naherholung

Für viele BürgerInnen kommt nur eine Region mit einem breiten Angebot an Freizeit- und Naherholungseinrichtungen in zumutbarer Entfernung als Wohnstandort in Frage, und auch Unternehmen achten zunehmend auf das Vorhandensein dieses „weichen“ Standortfaktors. Durch eine gemeinsame Abhaltung bzw. Abstimmung von Veranstaltungen, aber auch die gemeinsame Finanzierung kostspieliger Freizeitanlagen am besten Standort können die Kleinregionen diese Forderungen erfüllen.



Natur & Umwelt

Das Bedürfnis der Bevölkerung nach intakter Natur ist im Steigen begriffen. Umweltbelastungen halten sich jedoch nicht an administrative Grenzen, daher können diese oftmals nur interkommunal reduziert und eingedämmt werden. Eine nachhaltige Nutzung des (klein)regionalen Naturraums sollte daher oberste Priorität in allen Tätigkeitsbereichen der Kleinre-

gionen haben. Die Gemeinden sind dabei Vorbild, Lenkende und Umsetzer zugleich.



Wirtschaft & Arbeitsmarkt

Die Gemeinden sind an der zukunftsorientierten Ausgestaltung der optimalen Rahmenbedingungen für Betriebe und ArbeitnehmerInnen maßgeblich beteiligt. Durch abgestimmte Investitionen in diesem Themenfeld sollen wohnortnahe Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden. So wird zum einen die oftmals nötige kritische Masse oder Mindestausstattung kleinregional eher erreicht, zum anderen legen die Gemeinden die am besten geeigneten Standorte von Wirtschaftszonen zunehmend interkommunal fest und profitieren durch einen Kosten-Nutzen-Ausgleich.



Raumentwicklung

Die Gemeinden sind die zentralen Akteure der örtlichen Raumordnung. Die Österreichische Bundesverfassung hat ihnen die Besorgung dieser Aufgaben in ihrem autonomen Wirkungsbereich zugeordnet. Im Sinne einer geordneten Entwicklung auf regionaler Ebene ist jedoch ein Austausch von räumlichen Entwicklungsvorstellungen über die Gemeindegrenzen hinweg häufig notwendig, um eine in der Kleinregion abgestimmte Raum- und Siedlungsstruktur zu erreichen und die Konkurrenzsituation zwischen den Gemeinden zu mindern.

Rat und Tat. Bei der Auswahl der Themenfelder stehen den Kleinregionen sowohl die Fachabteilung als auch das Regionalmanagement Niederösterreich zur Seite, wobei die Festlegung nur unter Berücksichtigung der endogenen Potentiale und im Dialog mit den kooperierenden Gemeinden erfolgen kann. Durch dieses gemeinsame Vorgehen von Land, Hauptregionen und Gemeinden sowie durch die Schärfung des kleinregionalen Profils sollen die Kleinregionen auch in Zukunft eine positive Entwicklung nehmen und innovative Projekte ermöglicht werden.

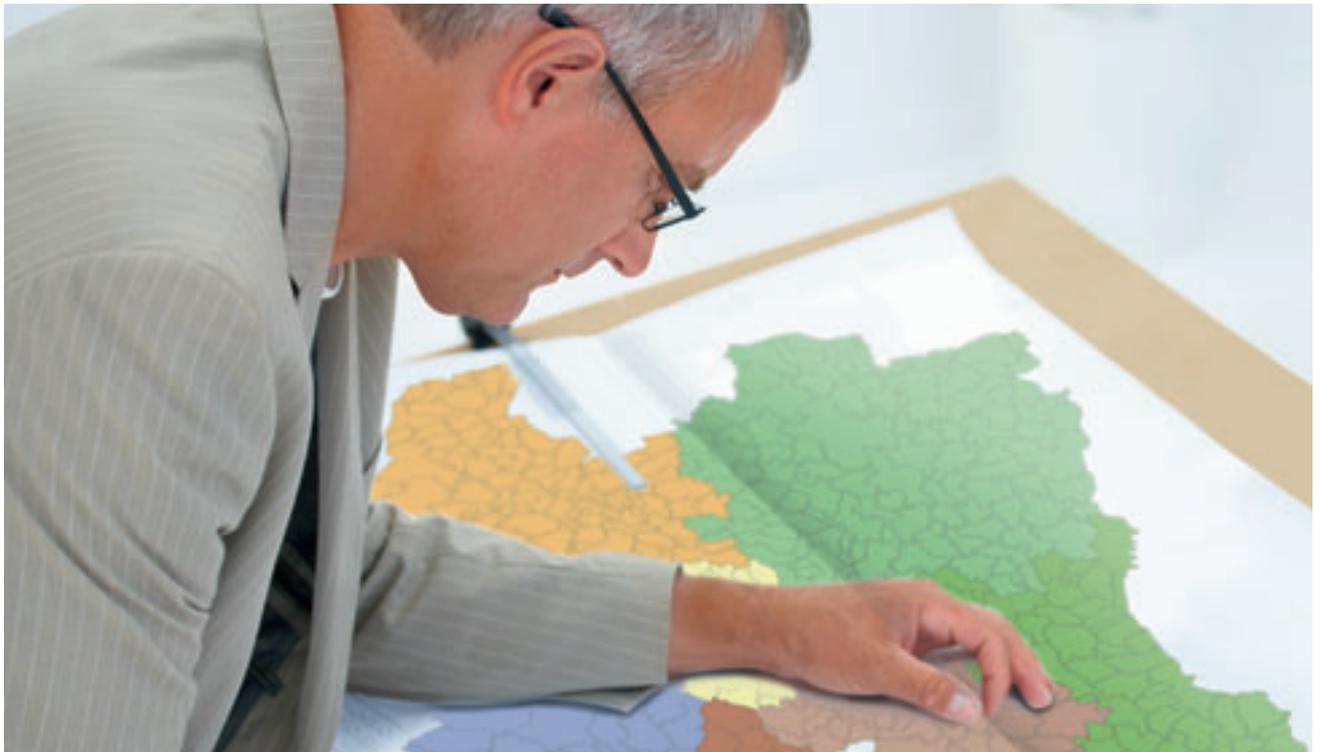
Nähere Informationen zu den kleinregionalen Themenfeldern und entsprechende Vorzeigeprojekte finden Sie auf der neuen DVD-ROM „NÖ Vision – Themenfelder neu definiert“, die Sie auf www.raumordnung-noe.at im Infostand unter (Klein)regional bestellen können.



Theorie und Praxis:

Regional Governance und Regionalplanung am Beispiel NÖ*.

Die effiziente und wirkungsvolle Steuerung von Planungsaktivitäten auf regionaler Ebene ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen ein Dauerthema in Theorie und Praxis der Raum- und Regionalentwicklung.



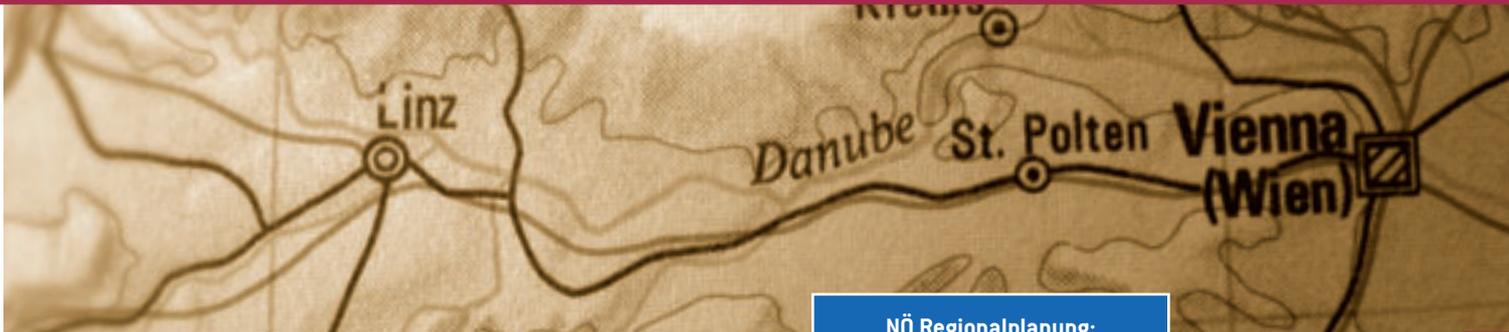
Eine aktuelle Dissertation beleuchtet anhand zweier Beispiele in Niederösterreich die Komplexität der Raumplanung und erwägt Für und Wider von Regional Governance.

Renaissance der Regionen. Eine Aufwertung der regionalen Handlungsebene wird von verschiedenen Seiten als wichtig anerkannt. Erstens können immer mehr kommunale Aufgaben nicht mehr allein auf der Gemeindeebene erfüllt werden. Zweitens können bei einer koordinierten Vorgangsweise auf regionaler Ebene Agglomerationsvorteile durch Clustereffekte er-

zeugt werden. Drittens überschreiten auch die BürgerInnen mit ihren alltäglichen Aktivitäten (Einkaufen, Pendeln etc.) vermehrt die Grenzen der Gebietskörperschaften. Zuletzt wird Regionen ein Steuerungspotential zuerkannt, das bis heute – im Vergleich mit der lokalen und nationalen Ebene – weitgehend unausgeschöpft ist.

Regionen und Steuerung. Aufbauend auf der Bedeutungszunahme der regionalen Ebene wird derzeit eine Diskussion über die Verbesserung von regionalen Steuerungspro-

*) Der vorliegende Artikel ist die Zusammenfassung einer Dissertation, die mit Unterstützung der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik des Landes Niederösterreich am Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung (o. Univ.-Prof. DI Dr. Gerlind Weber) an der Universität für Bodenkultur entstanden ist. Der Autor ist derzeit als Projektmanager bei der via donau – Österreichische Wasserstraßen-Ges.m.b.H. tätig und steht unter harald.beutl@via-donau.org für Rückfragen gerne zur Verfügung.



NÖ Regionalplanung:
im Spannungsfeld zwischen
großen Ballungszentren und
peripheren Gebieten.

zessen insbesondere über den Begriff „Regional Governance“ geführt. Regional Governance – oder auch „Regionale Steuerung“ – ist ein Konzept, dem dabei im Wesentlichen zwei Aufgaben zukommen: Auf der einen Seite beschäftigt es sich – sehr verkürzt formuliert – mit der Erweiterung formeller staatlicher Steuerungsformen durch so genannte informelle kooperative Steuerungsarrangements. So sollen etwa hierarchische Vorgaben oder das System der Mehrheitsentscheidung durch Elemente konsensualer Selbststeuerung über Netzwerke ergänzt und damit aufgewertet werden. Auf der anderen Seite liefert dieses Konzept eine wertvolle Hilfestellung für die Untersuchung von unterschiedlichen Prozessen und Instrumenten der Raumplanung. Hierbei kann eine breite Palette an Einflussfaktoren berücksichtigt werden, die etwa akteurs-, themen- oder auch regionsbezogen sein können. Unterschiedlich stark formalisierte Steuerungsansätze mit unterschiedlicher Herangehensweise und Zielrichtung sollen miteinander verglichen werden, um die jeweiligen Vor- und Nachteile zu erkennen.

Planung in der Praxis. Im Rahmen der vorliegenden Dissertation werden das „Regionale Raumordnungsprogramm Südliches Wiener Umland“ und das „Kleinregionale Rahmenkonzept Tullnerfeld West“ als Beispiele für zwei unterschiedliche Planungsinstrumente ausgewählt und mit Hilfe von verschiedenen qualitativen Forschungsmethoden untersucht. Nach Betrachtung dieser beiden Beispiele ist erkennbar, dass Raumplanung im Sinne einer vorausschauenden Koordination räumlicher Entwicklungen mehr ist, als RaumplanerInnen im Rahmen ihrer Ausbildung erlernen. Diese Feststellung ist für das Selbstverständnis dieser Berufsgruppe und der ihr zugeordneten Rollen wichtig.

Die endgültigen Entscheidungen im Rahmen von Regionalplanungsprozessen treffen – vor dem späteren Planungsvollzug – zu Recht demokratisch legitimierte Politiker. Zur Vorbereitung dieser Entscheidungen liefern jedoch RaumplanerInnen mit ihrem integrativen Wissen und ihrer vorausschauenden Herangehensweise wesentliche Beiträge. Durch fachliche Überzeugungsarbeit kann dabei das nachhaltige Erreichen von Raumplanungszielen maßgeblich beeinflusst werden. Gerade die ge-

meinsame Koordination der Flächennutzung in einem bestimmten Gebiet wird heute immer mehr von sehr unterschiedlichen akteurs- und institutionsbezogenen Parametern beeinflusst. Daher sind nicht nur althergebrachte Fähigkeiten, wie das Wissen über Organisationsformen, Gesetze oder die grafische Erstellung eines Planentwurfs für professionelle RaumplanerInnen wichtig, sondern es ist auch vermehrt auf informelle, prozessrelevante Kenntnisse – etwa zu Prozessmanagement oder Verhaltens- und Verhandlungsmechanismen – Wert zu legen, und zwar sowohl in der Ausbildung als auch in der berufsbegleitenden Weiterbildung.

Hauptgewinn: neue Perspektiven. Die vorliegende Dissertation zeigt zudem die Feinheiten der verschiedenen „Prozessdimensionen“ des Regionalen Raumordnungsprogramms Südliches Wiener Umland und des Kleinregionalen Rahmenkonzepts Tullnerfeld West sehr detailliert auf. Während das Regionale Raumordnungsprogramm Teil des nominellen Raumplanungssystems ist, dessen Erstellung die Reaktion auf langfristig wirkende Probleme darstellt, durch eine geringe Zahl an AkteurInnen erstellt wird und eine eher große Region umfasst, ist beim Kleinregionalen Rahmenkonzept das Gegenteil der Fall. Gleichzeitig wird ersichtlich, dass es keine ultimativen Lösungen von regionalplanerischen Aufgabenstellungen gibt. Der Regional Governance-Ansatz liefert für sich gesehen nämlich keinen effektiveren oder effizienteren Steuerungsvorschlag. Jedoch kann mit Hilfe der analytischen Verwendung des Regional Governance-Ansatzes regionalplanerisches Handeln in Niederösterreich mit neuer Perspektive betrachtet werden. So ermöglicht er – in Ergänzung zu den existierenden planungstheoretischen Abhandlungen – einen Blick „hinter die Kulissen“ gegenwärtiger, regionalplanerischer Steuerungsaktivitäten und bietet die Basis für praxisbezogenes Lernen sowie adäquate Reaktionen verschiedener AkteurInnen im Raumplanungssystem. ■

Der Planung verpflichtet:

Regionalverbände im Land Salzburg.



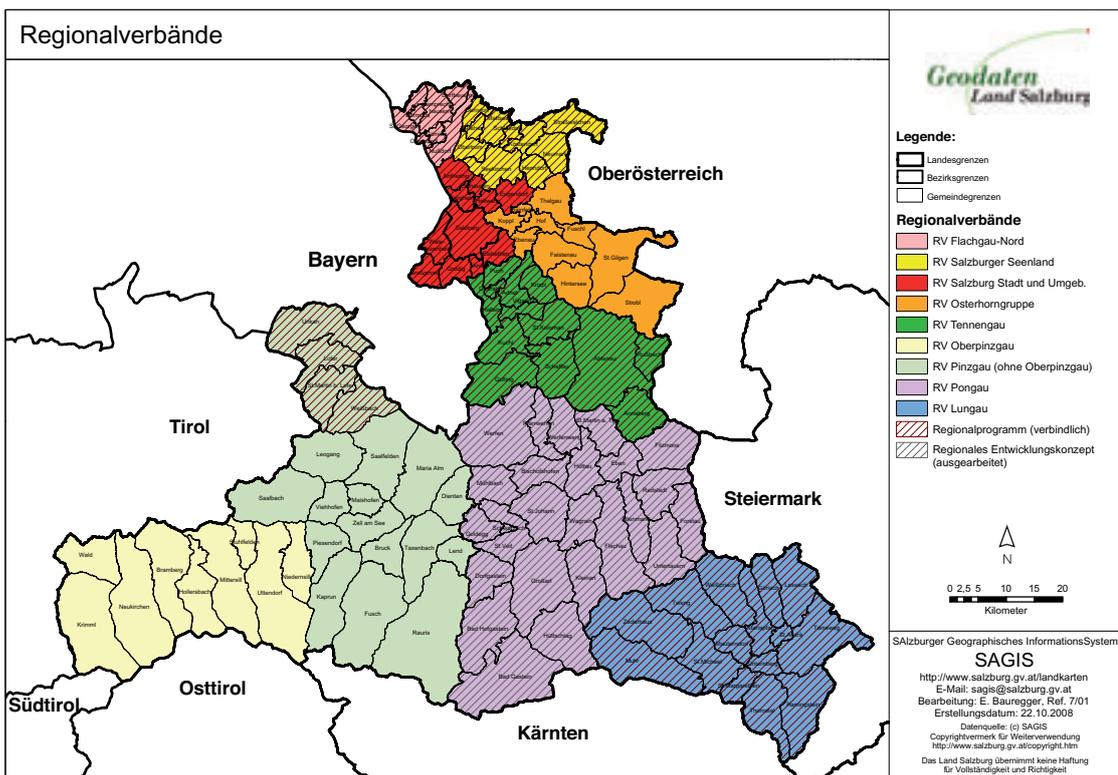
Seit dem Raumordnungsgesetz 1992 besteht im Land Salzburg eine Differenzierung der überörtlichen Raumplanung auf zwei Ebenen: Sie ist einerseits als Landesplanung vom Land, andererseits als Regionalplanung von Regionalverbänden gemeinsam mit dem Land wahrzunehmen.

Die Regionalverbände (RV) stellen Pflichtverbände auf Grundlage der Bestimmungen des Salzburger Gemeindeverbändegesetzes dar. Ein wichtiges Vorbild waren die Regionalen Planungsverbände im benachbarten Bayern. Im Salzburger Landesentwicklungsprogramm (LEP 1994) erfolgte als räumliche Grundlage die Gliederung des Landes in insgesamt 16 Planungsregionen. Dabei können auch Gemeinden mehrerer Planungsregionen einen gemeinsamen Verband gründen. Durch

Verordnung der Landesregierung wurden seit 1994 insgesamt neun Regionalverbände gebildet. Zum Teil umfassen sie mehrere Planungsregionen beziehungsweise ganze politische Bezirke (Lungau, Tennengau, Pongau). Die Konstituierung des letzten Regionalverbandes (für den Pinzgau ohne Oberpinzgau) erfolgte Anfang 2008. Damit bestehen nun Verbände für das gesamte Landesgebiet. In der österreichischen Raumplanung stellen Pflichtverbände als Träger der Regionalplanung nach dem „Salzburger Modell“ nach wie vor eine spezielle Konstruktion dar. Nur in Tirol wurde mittlerweile eine ähnliche organisatorische Basis für die Regionalplanung verankert.

Verordnung der Landesregierung wurden seit 1994 insgesamt neun Regionalverbände gebildet. Zum Teil umfassen sie mehrere Planungsregionen beziehungsweise ganze politische Bezirke (Lungau, Tennengau, Pongau). Die Konstituierung des letzten Regionalverbandes (für den Pinzgau ohne Oberpinzgau) erfolgte Anfang 2008. Damit bestehen nun Verbände für das gesamte Landesgebiet. In der österreichischen Raumplanung stellen Pflichtverbände als Träger der Regionalplanung nach dem „Salzburger Modell“ nach wie vor eine spezielle Konstruktion dar. Nur in Tirol wurde mittlerweile eine ähnliche organisatorische Basis für die Regionalplanung verankert.

Sinnvolle Planungsinstrumente. Die Regionalplanung mit den Regionalverbänden als Träger stellt eine eigenständige Planungsebene dar. Ihr zentrales Planungsinstrument ist das Regionalprogramm, das die anzustrebende räumliche Ordnung und Entwicklung einer Region festlegt und durch die Landesregierung verbindlich zu erklären ist. Durch die ROG-Novelle 2004 ist die bisherige Verpflichtung zur Er-



Salzburg: einzigartige Landeshauptstadt – (bisher) einzigartiges Planungsmodell.



stellung eines Regionalprogramms entfallen – dies aus der Erkenntnis, dass Planung allein aufgrund gesetzlicher Verpflichtung ohne konkrete Anliegen nicht zielführend ist. Dafür können die Regionalverbände nun auch Regionale Entwicklungskonzepte ausarbeiten, die nicht raumordnungsrechtlich verbindlich sind.

Die Erstellung der Regionalprogramme und Regionalen Entwicklungskonzepte wird an Planungsbüros vergeben. Die Landesregierung hat den Regionalverband in grundsätzlichen Angelegenheiten der Regionalplanung zu beraten. Zur Erstellung und Änderung von Regionalprogrammen gewährt das Land einen Zuschuss zu den Planungskosten, ebenso zur Ausarbeitung von Regionalen Entwicklungskonzepten, an denen ein besonderes landesplanerisches Interesse besteht. In der Regel wurden bisher die Planungskosten – je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gemeinden des Regionalverbandes – vom Land mit 40 bis 70 % gefördert. Seit 2007 erfolgt aus Raumordnungsmitteln auch eine Förderung der laufenden Agenden der Regionalverbände.

Rege Planungstätigkeit. Seit Mitte der neunziger Jahre sind insgesamt sechs Regionalprogramme erarbeitet und von der Landesregierung verordnet worden. Sie decken größere Bereiche des Landesgebiets ab. Das Regionalprogramm Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden wurde vor kurzem erstmals abgeändert, das Regionalprogramm Flachgau Nord befindet sich ebenso in Überarbeitung. Der RV Pongau hat ein Regionales Entwicklungskonzept erstellt. Im RV Pinzgau wird ebenfalls die Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzepts (sektoral zum Thema Schienennahverkehr und Siedlungsentwicklung im Pinzgauer Zentralraum) bearbeitet. Weitere Regionale Entwicklungskonzepte sind in Vorbereitung. Auch in der grenzüberschreitenden Regionalplanung im Rahmen der EuRegio Salzburg-Traunstein-Berchtesgadener Land, wo derzeit ein „Masterplan Euro-

region Salzburg“ angestrebt wird, sind die Regionalverbände wichtige Partner.

Strukturiertes Arbeiten. Einen entscheidenden Faktor für eine zielführende regionale Zusammenarbeit stellt das strukturierte Umgehen mit regionalen Problemstellungen dar, das sich im Zug von Planungsprozessen im Sinn eines „learning by doing“ am besten ergibt. Das Verfahren wird dabei vom Raumordnungsgesetz vorgegeben, die Entscheidungs- und Beschlussfindung wird durch das Gemeindeverbände-gesetz geregelt. Das gemeinsame Arbeiten der Gemeinden in einem Regionalverband schafft Verständnis untereinander, erzeugt aber auch eine verbesserte Artikulationsmöglichkeit für regionale Anliegen gegenüber dem Land. Für die Landesplanung ergibt sich bei dieser Form von Regionalplanung eine ganz neue Funktion – sie ist nicht mehr Planungsträger, sondern erfüllt einerseits eine Rolle als Berater und als Prozessbegleiter, andererseits als Prüfungsinstanz und Verordnungsgeber.

Vielseitig einsetzbar. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass die Regionalverbände und deren Geschäftsstellen zum Teil auch Aufgaben des Regionalmanagements im Rahmen von Förderprogrammen der EU abdecken: Dies gilt für das „Programm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Salzburg 2007–2013“ ebenso wie für Maßnahmen im Rahmen des Programms „Beschäftigung für Österreich 2007–2013“ des Europäischen Sozialfonds sowie des Territorialen Beschäftigungspakts. Mehrere Verbände sind im Rahmen des LEADER-Programms aktiv. Darüber hinaus hat die Mehrzahl der Regionalverbände auch die Funktion eines ÖV-Verbandes übernommen.

Diese Vielfalt an Agenden weist am besten darauf hin, dass sich die Salzburger Regionalverbände als eine tragfähige Organisationsform für Aufgaben der Regionalplanung und Regionalentwicklung erwiesen haben. ■



Gemeinsames Arbeiten und Planen schafft regionalen Zusammenhalt.

Foto: Amt der Salzburger Landesregierung – Abteilung Raumplanung

Aus dem Kaleidoskop der Raumordnung:

Ortsplanung Miteinander 2008.

Die jährlich stattfindende Fachtagung „Ortsplanung miteinander“ hat auch 2008 eine Reihe interessanter Beiträge* geboten. Im Fokus stand diesmal das Thema „Flächenverbrauch-Flächenmanagement“.



Ortsentwicklung vor dem Hintergrund der begrenzten Ressource „Fläche“.

Bodenbündnis und Flächensparen. Thomas Mitterstöger (Abteilung Landentwicklung des Amtes der NÖ Landesregierung) stellte die vielfältigen Aktivitäten Niederösterreichs zum sorgsameren Umgang mit dieser wertvollen, vielfältigen und nicht vermehrbaren Ressource dar. Das Land Niederösterreich ist im Jahr 2003 dem Bodenbündnis beigetreten. 45 niederösterreichische Gemeinden sind diesem Beispiel bereits gefolgt. Im Frühjahr 2007 wurde die Initiative „Unser Boden – Wir stehen drauf!“ gestartet.

Neben der Homepage www.unserboden.at ist für die Ortsplanung vor allem die „Boden-Tatenbank“ von Interesse. Hier werden unter anderem Beispiele zur versiegelungsarmen Objektplanung oder zur flächensparenden Ordnungsplanung präsentiert. Diese Beispielsammlung ist selbstverständlich nicht vollständig, daher ein Appell zur Beteiligung: Je mehr und je vielfältigere Beispiele hier präsentiert werden können, desto eher werden sich AkteurInnen finden, die diesen Vorbildern folgen wollen.

Potentiale der Gemeinden in der Siedlungsentwicklung. Michael Fleischmann (RaumRegionMensch, Sulz im Weinviertel) zeigte Vorteile, Möglichkeiten aber auch Voraussetzungen für eine umfassende Steuerung der Siedlungsentwicklung im Rahmen ihrer örtlichen Raumplanungsagenden auf. Es reicht schon lange nicht mehr aus, an geeigneten Stellen einfach Bauland zu widmen. Die Sicherstellung der Verfügbarkeit des gewidmeten Baulands ist nicht nur eine Zielsetzung des NÖ Raumordnungsgesetzes, sondern dient – etwa durch die schnellere Refinanzierung der durch die Gemeinden bereitgestellten Infrastruktur – auch unmittelbar den Interessen der Gemeinden selbst. Das NÖ Raumordnungsgesetz bietet hierzu eine Reihe von Möglichkeiten, zu deren Anwendung in den letzten Jahren vielfältige Erfahrungen gewonnen werden konnten.

*] Die Vorträge von Andreas Mandlbauer und Andrea Dittrich-Wesbuer wurden zu gesonderten Artikeln auf den folgenden Seiten zusammengefasst. Unterlagen zu sämtlichen Vorträgen können auf unserer Website www.raumordnung-noe.at unter „Gemeinde“ – „Örtliche Raumordnung/Ortsplanung miteinander“ nachgelesen werden.

Naturnahe Oberflächenentwässerung in Siedlungsgebieten. Karl Grimm (Landschaftsplanungsbüro Grimm, Wien) berichtete von einem vorbildlichen Beispiel der Gestaltung einer neuen Siedlung in der Stadtgemeinde Mistelbach, wo ein Modell zur integrativen Berücksichtigung der Bewirtschaftung der Oberflächenwässer bei der Gestaltung von Siedlungsgebieten entwickelt wurde. Im konkreten Fall erfolgt die Umsetzung in Gestalt einer Mulden- oder Kaskadenkette entlang von Straßenräumen. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Maßnahme sind allerdings entsprechend breite Straßenräume, weil diese Mulden oder Kaskaden Elemente des öffentlichen Raums



darstellen. Dafür kann das Ortsbild in diesen Siedlungen über die deutlich wahrnehmbaren Grünzüge wesentlich einprägsamer gestaltet werden, attraktive Fuß- und Radwege entlang dieser Anlagen bilden einen Anreiz für eine klimaschonende Bewältigung kurzer Wege und steigern den Wohnwert des Gebiets.

Verkehrslösungen bei touristischen Einrichtungen. Michael Reinbacher (Verkehrsverbund Ostregion) referierte über verschiedene Ansätze, die Abwicklung des Verkehrs in Urlaubsregionen ohne eigenes Kraftfahrzeug zu erleichtern. Gerade der Fremdenverkehr wird nicht ohne längere Wege auskommen, andererseits kann aber genau in diesem Verkehrsegment ein attraktives Angebot an alternativen Verkehrsmitteln in hohem Maße positive klimarelevante Auswirkungen nach sich ziehen, soll der Urlaub doch von der ersten bis zur letzten Stunde eine Quelle der Erholung sein. Die konkreten Ansatzpunkte reichen hier von der „Überwindung der letzten Meile“ (vom Bahnhof zum Hotel) bis zu attraktiven Verkehrsangeboten zu regionalen Ausflugszielen.

Zukunft der Kellergassen. Andreas Dillinger (MECCA Consulting, Wien) leitete eine rege Diskussion über die Nutzungstrends und die raumordnungsrechtlichen Möglichkeiten zur Nutzung dieses charakteristischen Elements der Kulturlandschaft niederösterreichischer Weinbaugebiete ein. Das Land Niederösterreich hat im NÖ Raumordnungsgesetz eine eigene Widmungsart „Grünland-Kellergassen“ geschaffen, weil Kellergassen im Zuge der Strukturänderung im Weinbau immer seltener ihrem Ursprungszweck dienen. Es besteht aber die Gefahr, dass im Zuge einer Umnutzung der ursprüngliche Charakter dieses Kulturerbes unwiederbringlich verloren geht, etwa durch die Umgestaltung zu Wohngebäuden.

Erhaltung und Nutzung des Altbestands. Bürgermeister Johann Neubauer (Gemeinde Alberndorf im Pulkautal) gab einen Überblick über die Schwierigkeiten, die sich in der Praxis bei der Umsetzung des löblichen Ziels der Nachnutzung bebauter Flächen ergeben können. Gerade der Umstand, dass es sich oftmals um ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebsbestand handelt, der mit ganz anderen baurechtlichen, hygienischen oder wärmetechnischen Anforderungen entstanden ist, stellt einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Der Abriss bestehender Bausubstanz ist oftmals die einzige Lösung, hat aber den Nachteil von relativ hohen Entsorgungskosten für den Nachnutzer. Dies stellt gerade die Ortskerne vor eine große Problemsituation, befinden sich etwa in Alberndorf doch 70 % der unbewohnten Wohneinheiten im Kern, was für diesen einen besorgniserregenden Anteil von 25 % unbewohnter Wohneinheiten ergibt. Hier sind Gegenmaßnahmen und Unterstützung gefragt.

Ideen und Gedanken zur Ortskernbelebung. Herbert Schedlmayer (schedlmayer raumplanung, Loosdorf) ging zum Abschluss den Ursachen für die von Bürgermeister Neubauer dargestellte Entwicklung auf den Grund. Sie liegen in einer zunehmenden Entflechtung der Daseinsgrundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung und Erholung. Die damit einhergehende räumliche Trennung dieser Funktionen führt zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens und zu ganz spezifischen Standortansprüchen. Darauf müssen die Ortskerne in ihrer bestehenden Struktur mit einer gut ausgearbeiteten Strategie antworten, indem zumindest teilweise die einzelnen Daseinsgrundfunktionen wieder räumlich zusammengeführt werden.

Unterlagen zum Vortrag können auf unserer Website www.raumordnung-noe.at unter „Gemeinde“ – „Örtliche Raumordnung/Ortsplanung miteinander“ nachgelesen werden. ■

Flächenverbrauchsindikatoren:

Balanceakt zwischen notwendigen Standards und hinkenden Vergleichen.*

Das Ziel des sparsamen Umgangs mit der nicht vermehrbaren Ressource Fläche ist eines der wichtigsten Ziele der Raumordnung.

In der „Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“ hat auch die österreichische Bundesregierung dieses Thema aufgegriffen und für das Jahr 2010 eine Reduktion des Flächenverbrauchs auf ein Zehntel des Werts von 2002 als Ziel beschlossen. Ein wesentliches Defizit liegt jedoch darin, dass für die Ermittlung des zu reduzierenden Flächenverbrauchs nur sehr grobe Schätzungen nach unterschiedlichen Methoden vorliegen, die jeweils Schwächen aufweisen. Daher haben die Bundesländer eine Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Definition von Indikatoren zum Flächenverbrauch gegründet.

Länderübergreifende Arbeitsgruppe. Als Ausgangspunkt wurde festgestellt, dass es wenig vergleichbare Informationen in den einzelnen Bundesländern gibt. Dies liegt auch an höchst unterschiedlichen Begrifflichkeiten und Standards der Länder, sodass die Lücken im Wissen um die räumlichen Verhältnisse als groß zu bezeichnen sind. Daher wurden folgende Ziele für die Arbeitsgruppe definiert:

1. Erarbeitung eines Vorschlags für gemeinsam zu erhebende Daten der Raumplanung zu Flächenwidmung und Flächennutzung.
2. Erarbeitung eines Vorschlags zu Indikatoren zum Thema „Flächennutzung und Flächenwidmung“.
3. Erarbeitung von vergleichenden und vergleichbaren Ergebnissen zum Stand sowie zur Entwicklung der Flächenwidmung und Flächennutzung in den Bundesländern.

Teilergebnisse sind im Raumordnungsbericht 2008 der österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) publiziert worden.



*] Zusammenfassung des Vortrags beim Symposium „Ortsplanung miteinander 2008“



Genauere Maßzahlen wie in der Objektplanung ...

Gemeinsames Monitoring. Das zu entwickelnde „Raum-Monitoring-System“ für die gemeinsam zu erhebenden Daten soll sowohl die Flächennutzung, als auch die Flächenwidmung abbilden. In beiden Fällen stellt sich die Unterscheidung zwischen „siedlungsbezogen“ und „nicht-siedlungsbezogen“ als wesentlich dar. Auf der Ebene der Flächenwidmung soll die Dreiteilung in „Bauland“ (Widmungen für bauliche Nutzungsformen), „Verkehrsfläche“ und „Grünland“ (Freiflächen), die es im Wesentlichen in allen Bundesländern gibt, für die Beobachtung herangezogen werden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es eine Reihe von spezifischen Grünlandwidmungsarten gibt, die eine bauliche Nutzung der betroffenen Flächen unter ganz bestimmten Bedingungen nicht nur ermöglichen, sondern sogar beabsichtigen. Diese Widmungen sind auch zu jenen zu zählen, die für bauliche Nutzungsformen ausgewiesen werden.

Indikatoren gesucht. Indikatoren sind wesentliche Hilfsmittel zur Bewertung der Umweltsituation im Hinblick auf die Raumordnung. Hier steht das Ausmaß jener Flächen im Vordergrund, die für Siedlungszwecke gewidmet oder als solche bebaut sind. Unter den Indikatoren für die Flächennutzung sind noch jene Daten gesondert darzustellen, die Informationen über das Ausmaß der Nutzung der bebauten Flächen geben. Das sind einerseits die Anzahl/ der Anteil der Wohnungen in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern bzw. die Anzahl/ der Anteil der leer stehenden Wohneinheiten.

Erstes Fazit. In ganz Österreich sind derzeit etwa 300.000 ha als Bauland gewidmet. In diesen Flächen sind jene Grünlandwidmungen, die überwiegend einer baulichen Nutzung dienen, noch nicht enthalten. „Spitzenreiter“ in dieser Bilanz sind – wenig überraschend – Niederösterreich, Oberösterreich und die Steier-

mark. In allen Bundesländern (auch in Wien) ist der Anteil der Wohngebäude mit nur ein oder zwei Wohneinheiten gestiegen. Am höchsten ist er im Burgenland, gefolgt von Niederösterreich und Vorarlberg.

In allen Bundesländern ist auch die Anzahl der Wohnungen ohne Wohnbevölkerung gestiegen, am stärksten in Wien gefolgt von Oberösterreich und Niederösterreich. Zu beachten ist bei dieser Zahl jedoch auch der Anteil an berufs- oder freizeitbedingten Nebenwohnsitzen.



... sind auch in der Betrachtung der Siedlungsstrukturen notwendig.

Wertvolle Arbeit. Ziele zum Flächensparen haben in der letzten Zeit eher noch an Bedeutung gewonnen. Nach der eingangs genannten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind auch die diesbezüglichen Bemühungen auf Ebene der Europäischen Union zu nennen. Effektive Strategien zum Flächensparen sind aber noch zu entwickeln. Egal wie eine derartige Strategie in Zukunft aussehen mag, ohne Evaluierung wird die Umsetzung scheitern. Die Raumbeobachtung und die Bewertung der räumlichen Entwicklungen ist eine der

grundlegenden Aufgaben der Raumordnung. Die Bemühungen der Länderarbeitsgruppe sind ein wesentlicher Schritt dazu, dieser Aufgabe besser nachzukommen.

Unterlagen zum Vortrag können auf unserer Website www.raumordnung-noe.at unter „Gemeinde“ – „Örtliche Raumordnung/Ortsplanung miteinander“ nachgelesen werden. ■

Deutschland sucht das Sparprogramm:

Infrastrukturkosten und Siedlungsentwicklung*.

Flächenverbrauch ist immer auch mit öffentlichen Investitionen verbunden. Für jede Gebietskörperschaft stellt die Frage ihrer Finanzen eines der heißesten Themen in der politischen Diskussion dar. Was liegt also näher, als genau in diesem entscheidenden Punkt ein Hilfsmittel zur Optimierung der Entscheidungen zur Verfügung zu stellen?



In der Bundesrepublik Deutschland werden derzeit pro Tag über 100 Hektar Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, diesen Wert für das Bundesgebiet auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Das entspricht einer Drittelung des bisher üblichen Flächenverbrauchs. Wie in Österreich liegt auch in Deutschland die Zuständigkeit für die örtliche Raumordnung in der Hand der autonomen Gemeinden. So gilt es also, den Gemeinden zusätzliche fundierte Argumente in die Hand zu geben, warum das Flächensparen auch aus der rein „egoistischen, kommunalen Sicht“ von Vorteil ist.

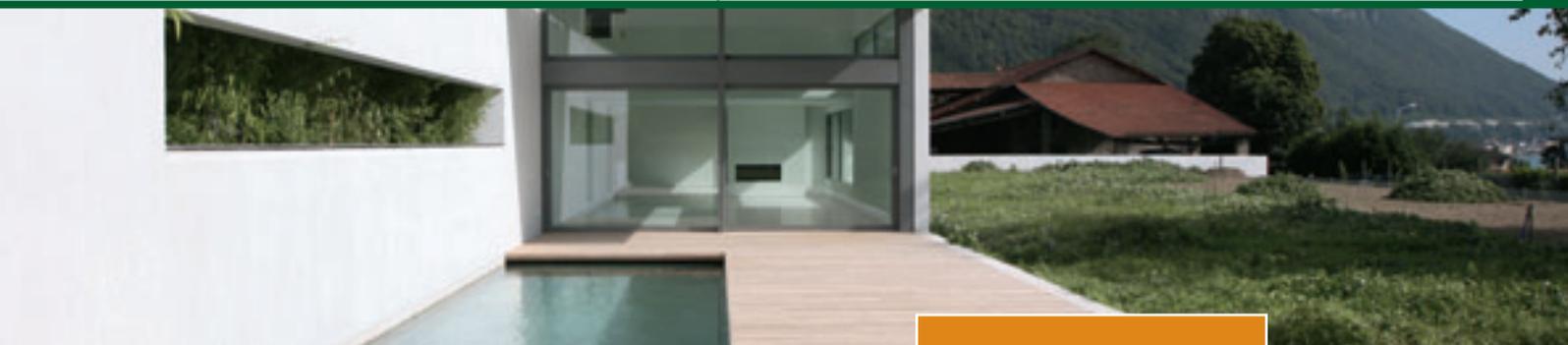
Was macht Siedlungsentwicklung teuer? An erster Stelle stehen hier – natürlich – die unmittelbaren Aufwendungen für die Herstellung der technischen Infrastruktur, für die Aufschließung in Gestalt der Verkehrserschließung, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Es sind aber auch Kosten für die Herstellung notwendiger Grünflächen und für die Bereitstellung der sozialen Infrastrukturen zu berücksichtigen, die in der Regel weitgehend außer Acht gelassen werden. Die Aufschließungsbeiträge der Nutznießer dieser Investitionen können meist diese Aufwendungen nicht decken. Viel zu wenig Beachtung findet der Aspekt der Folgekosten für die Erhaltung der einmal errichteten Infrastruktur. Entsprechende Beiträge der Nutznießer stehen hier üblicherweise nicht zur Verfügung. Andererseits fördert die derzeitige Einwohnerabhängigkeit des kommunalen Finanzsys-

tems den Wettbewerb der Gemeinden um ZuzüglerInnen. Auch hier besteht bestenfalls ein marginaler Unterschied zwischen Deutschland und Österreich. In beiden Staaten ist grundsätzlich die Problematik ähnlich, dass es ausgesprochene Zuwanderungs- und demgegenüber ausgeprägte Abwanderungsgebiete gibt. Allerdings die Dimensionen wie in Deutschland, dass nämlich Städte mit deutlich fünfstelligen Einwohnerzahlen – wie das für einige Städte in der ehemaligen DDR zu beobachten ist – in wenigen Jahren die Hälfte ihrer Einwohner verlieren, werden in Österreich gottlob nicht erreicht.

Schlüsselkriterium Integrationsgrad. In den deutschen Untersuchungen wurden die unterschiedlichen Kosteneffekte in Abhängigkeit vom „Integrationsgrad“ des jeweiligen Planungsvorhabens untersucht. Der Integrationsgrad wurde einfach durch jenen Anteil der Außengrenze eines Planungsgebiets angegeben, der an bestehendes Siedlungsgebiet angrenzt: ein Siedlungsprojekt, das vollständig innerhalb der bestehenden Ortsstruktur liegt, hat somit 100 % Integrationsgrad, ein – fiktives, weil nach den raumordnungsgesetzlichen Bestimmungen in Niederösterreich eigentlich ausgeschlossenes – Siedlungsgebiet, das vollständig abseits bestehender Orte entwickelt würde, hätte den Integrationsgrad von 0 %. Der Vergleich zeigt, dass mit steigendem Integrationsgrad einerseits die Kosten je Wohneinheit signifikant geringer sind und andererseits der Kostendeckungsgrad für die Kommunen wesentlich höher ist.

LEAN²: Aktuelle Bewertungsansätze. Neben mehreren anderen Projekten wird in Deutschland das Projekt LEAN² [Lien-Kwadrat] entwickelt. Es handelt sich dabei um ein Bewertungs-

*] Zusammenfassung des Vortrags beim Symposium „Ortsplanung miteinander 2008“



... und die Kosten der
Infrastruktur sieht man nicht!

instrument für kommunale Finanzen und nachhaltiges Flächenmanagement. Mit diesem Instrument können umfassend die unmittelbaren Kosten für die Gebietsaufschließung, die Finanzierung von Baulandentwicklungsmodellen, die fiskalischen Effekte sowie die Kosten für die Folgeeinrichtungen berücksichtigt werden. Auch die Erhaltungskosten kommen nicht zu kurz. Vergleiche an Fallbeispielen zeigen, dass sowohl nach der Refinanzierung, als auch nach der Berücksichtigung der fiskalischen Effekte (Steueranteile und dergleichen) die Innenentwicklung mit Gewinn, die Außenentwicklung jedoch mit Verlust für die kommunalen Finanzen verbunden war.

Kosten und Nutzen: EINE Entscheidung! Raumordnung und Siedlungsentwicklung haben einer Vielzahl von öffentlichen Zielen zu dienen. Eines davon ist der sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln. Mit einer kostenmäßigen Bewertung der Siedlungsentwicklung durch Instrumente wie etwa LEAN² kann die Entscheidungsfindung in einer Gemeinde wesentlich bereichert und damit verbessert werden. Die Ausweisung von Wohnbauland soll damit freilich keineswegs grundsätzlich in Frage gestellt

werden. Es müssen jedoch zunehmend Vergleiche zwischen unterschiedlichen Planungsvarianten gezogen und dokumentiert werden – dies ist auch eine grundsätzliche Forderung aus der EU-Richtlinie über die Strategische Umweltprüfung bei Plänen und Programmen. Jedenfalls kann mit derartigen Entscheidungsgrundlagen der Schritt weg vom rein expansiven, überdimensionierten Verhalten ermöglicht werden.

Unterlagen zum Vortrag können auf unserer Website www.raumordnung-noe.at unter „Gemeinde“ – „Örtliche Raumordnung/Ortsplanung miteinander“ nachgelesen werden. ■



Im Zeichen der Nachhaltigkeit:

Wir gehen Wege mit Wirkung.



Unter diesem Motto steht der 5. Österreichische LA21-Gipfel, der im Mai 2009 in Niederösterreich abgehalten wird.

Lokale Agenda 21 zielt als weltweiter Aktionsplan auf die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Leistungsfähigkeit und Bedürfnissen. Zwei wesentliche Pfeiler dieser Strategie sind Nachhaltigkeit und BürgerInnenbeteiligung. In Österreich wird aus dieser Theorie geliebte Praxis, indem Bund und Länder die LA 21 als Herzstück einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung auf lokaler Ebene definiert haben.

BürgerInnenbeteiligung hat in Niederösterreich eine sehr lange Tradition, die bis heute anhaltenden Erfolge in Dorferneuerung und Gemeinde21 haben diesen Weg auch immer wieder bestätigt. Mit dem 5. Österreichischen LA 21-Gipfel 2009 – der in Kooperation mit der LA21-Koordinationsstelle des Lebensministeriums veranstaltet wird – wollen wir gemeinsam hinter die Kulissen dieses Erfolgsprinzips schauen und erfahren, wo, wie und wodurch BürgerInnenbeteiligung Spaß macht.

Unter dem Motto „BürgerInnenbeteiligung live – wir wollen's wagen!“ bieten wir:

- **Fishing for Beteiligung** – Diskussionsrunde mit Statements und fachlichen Inputs im Format „Fishbowl“ zum Themenkreis „Zukunft – Beteiligung – Ehrenamt – Lokale Agenda 21 – Nachhaltigkeit“ mit LH Dr. Erwin Pröll (angefragt), Dr. Helene Karmasin u. a.
- **Workshops** und Diskussionsrunden zu unterschiedlichen Themen und Strukturen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 mit dem Ziel einer gemeinsamen „Echsenbacher Erklärung“
- **Rahmenprogramm** auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig sowie auf der Rosenburg oder im Schloss Weitra
- **Exkursionen** zu den Themen Energie/Ökologie, Wirtschaft, Soziales

Infos, Programm und Anmeldung auf www.gemeinde21.at/la21gipfel2009.

Wo?

Gasthaus Klang
Echsenbach im Waldviertel

Wann?

07.–09. Mai 2009

Was?

- **Methoden**, die Menschen motivieren: Open Space, Zukunftskonferenz, World Cafe, Prozessdesign, ...
- **Strukturen**, die allen die Mitarbeit ermöglichen: Workshops, Projekt- und Arbeitsgruppen, Kernteams, Organisation durch Beteiligte, ...
- **Themen**, die das Lebensumfeld prägen: Generationen, Regionalwirtschaft, Energie, Wohnen, ...

„Neben dem Großglockner sicher einer der wichtigsten Gipfel Österreichs!“



English Summary



Strategies and Tools: Regional Development in Lower Austria. Faced with many changes in different areas, citizens and business people expect from their politicians clear orientation, planning stability and firm decisions. Regional development in particular is one of the areas that incorporates tools from both economics and spatial planning. It has an inherently integrative character and draws on various tools and instruments to set and implement its strategic goals.

The Origins and Current Situation of Regional Structures in Lower Austria. The new buzzword among both academics and practitioners involved in spatial planning is “the renaissance of the regions”. When we take a look at developments in Lower Austria, which has many different regions, the buzzword proves to be more than just a faddish phrase.

Forming Attractive Connections: Kleinregionentag (Micro-Regions Day) 2008. In the course of this year's Kleinregionentag (micro-regions day) mobility issues were discussed.

Kleinregionen (Micro-Regions): Redefining Task Fields. The Kleinregionen (micro-regions) in Lower Austria are responsible for dealing with a wide range of topics for the good of the people. The responsibilities of the Kleinregionen (micro-regions) must be adapted to the new circumstances and challenges facing municipalities, and certain new tasks must be given greater attention. Eight priority task areas have been defined for the Kleinregionen.

Theory and Practice: Regional Governance and Regional Planning in Lower Austria. Due to changing circumstances, the efficient and effective governance of planning activities at regional level remains a relevant topic in both the theory and the practice of spatial and regional development. A recently published PhD thesis analyses two examples from Lower Austria, highlighting the complexity of spatial planning and discussing the pros and cons of regional governance.

Committed to Planning: Regional Associations in the Province of Salzburg. Ever since the Spatial Planning Act of 1992, regional spatial planning has been handled on two dif-

ferent levels within the Province of Salzburg. Responsibilities are divided between the provincial and regional level, as a cooperation between regional associations and the Provincial Government. The central planning instrument is the Regional Programme, which determines the objectives of spatial planning strategies and the specific development of a region.

The Kaleidoscope of Spatial Planning: Ortsplanung Miteinander (Cooperative Planning for Municipalities) 2008. This year's annual conference, with the title “Ortsplanung miteinander” [Cooperative Planning for Municipalities], dealt with various aspects of “Land Use – Land Management”. These include infrastructure costs, extension of residential areas, land use indicators, the Land and Soil Alliance, economic land use, the potential of communities in settlement development, nature-friendly surface drainage in residential areas, traffic solutions for tourism areas, the future of the Kellergassen (“wine cellar lanes”), the preservation, maintenance and use of old houses and buildings, and new ideas and suggestions regarding village centre revitalization.

Land Use Indicators: A Balance Between Essential Standards and False Comparisons. One of the main goals of spatial planning is the economic use of land, a resource that cannot be multiplied or reproduced. However, the problem is that only very rough estimates are available for determining land use reduction and these estimates are made using different methods of analysis, each of which has its shortcomings. In order to tackle this situation, Austrian federal provinces have established a committee to define a joint set of indicators governing land use.

Germany Reduces Infrastructure Costs and Settlement Development. The Federal Republic of Germany has set itself the ambitious goal of reducing land use for settlement and transport purposes across the country from over 100 to just 30 hectares per day. Like in Austria, the autonomous municipalities in Germany are in charge of regional spatial planning. It is therefore essential to present well-founded arguments as to why the economic use of land is important, including from a purely “egoistic” municipality-centred point of view.

Der eilige Leser

Strategien und ihre Instrumente: Regionalentwicklung in Niederösterreich. Angesichts zahlreicher Veränderungsprozesse erwarten sowohl die BürgerInnen als auch die Wirtschaft von der Politik Orientierung, aber auch Planungs- und Entscheidungssicherheit. Vor allem die Regionalentwicklung setzt dabei gleichermaßen auf Wirtschafts- und Raumordnungspolitik, besitzt einen durchwegs integrativen Charakter, macht strategische Vorgaben und greift auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Instrumenten zurück.

Hintergründe, Entstehung und Stand: Regionale Strukturen in Niederösterreich. Vielfach wird derzeit in Wissenschaft und Praxis von einer Renaissance des Regionalen gesprochen. Ein Eindruck, der auch in Niederösterreich entsteht, wenn ein Blick auf den vielfältigen Bestand an regionalen Abgrenzungen geworfen wird.

Gemeinsam attraktive Verbindungen gestalten: Kleinregionentag 2008. Der diesjährige Kleinregionentag war dem Thema „Mobilität in der Kleinregion“ gewidmet.

Themenfelder neu definiert: Kleinregionale Daseinsvorsorge, Verwaltung und Raumentwicklung. Die Kleinregionen in Niederösterreich widmen sich einer Vielzahl von Themen zum Wohl der Bevölkerung. Dabei gilt es, die Aufgaben der Kleinregionen an aktuelle Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Gemeinden anzupassen und auch neue Aufgabenfelder stärker in den Fokus zu rücken. Daher wurden acht zentrale Themenfelder für Kleinregionen definiert.

Theorie und Praxis: Regional Governance und Regionalplanung am Beispiel NÖ. Die effiziente und wirkungsvolle Steuerung von Planungsaktivitäten auf regionaler Ebene ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen ein Dauerthema in Theorie und Praxis der Raum- und Regionalentwicklung. Eine aktuelle Dissertation beleuchtet die Komplexität der Raumplanung und erwägt Für und Wider von Regional Governance.

Der Planung verpflichtet: Regionalverbände im Land Salzburg. Seit dem Raumordnungsgesetz 1992 besteht im Land Salzburg eine Differenzierung der überörtlichen Raumplanung auf zwei Ebenen: Sie ist einerseits als Landesplanung vom Land, andererseits als Regionalplanung von Regionalverbänden gemeinsam mit dem Land wahrzunehmen. Zentrales Planungsinstrument ist das Regionalprogramm.

Aus dem Kaleidoskop der Raumordnung: Ortsplanung Miteinander 2008. Die jährlich stattfindende Fachtagung „Ortsplanung miteinander“ hat sich in zahlreichen Facetten dem Thema „Flächenverbrauch-Flächenmanagement“ gewidmet: u. a. Bodenbündnis und Flächensparen, Potentiale der Gemeinden in der Siedlungsentwicklung, Naturnahe Oberflächenentwässerung in Siedlungsgebieten, Verkehrslösungen bei touristischen Einrichtungen, Zukunft der Kellergassen, Erhaltung und Nutzung des Häuseraltbestands, Ideen und Gedanken zur Ortskernbelebung.

Flächenverbrauchsindikatoren: Balanceakt zwischen notwendigen Standards und hinkenden Vergleichen. Ziel des sparsamen Umgangs mit der nicht vermehrbaren Ressource Fläche ist eines der wichtigsten Ziele der Raumordnung. Ein wesentliches Defizit liegt jedoch darin, dass für die Ermittlung des zu reduzierenden Flächenverbrauchs nur sehr grobe Schätzungen nach unterschiedlichen Methoden vorliegen, die jeweils Schwächen aufweisen. Daher haben die Bundesländer eine Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Definition von Indikatoren zum Flächenverbrauch gegründet.

Deutschland sucht das Sparprogramm: Infrastrukturkosten und Siedlungsentwicklung. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke im gesamten Bundesgebiet von über 100 auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Wie in Österreich liegt auch in Deutschland die Zuständigkeit für die örtliche Raumordnung in der Hand der autonomen Gemeinde. So gilt es also, zusätzliche fundierte Argumente zu bekommen, warum das Flächensparen auch aus der rein „egoistischen, kommunalen Sicht“ von Vorteil ist.



P.b.b. Vertragsnummer 07Z037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noegv.at